

Datenschutzinformation im Rahmen der Bauleitplanung (Informationspflicht nach Art. 13 DSGVO)

Diese Informationen und Hinweise gelten für die Datenverarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch:

Verantwortlicher

Gemeinde Hohe Börde
Bauamt, SG Bauleitplanung
OT Irxleben,
Bördestraße 8
39167 Hohe Börde
Telefon Nr.039204 781 620 (Vertretung Telefon Nr. 039204 781 622)
imbiel@hohe-boerde.de (Vertretung ruske@hohe-boerde.de)

Datenschutzbeauftragte der Gemeinde Hohe Börde

Telefon Nr.039204 781 140
datenschutz@hohe-boerde.de

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt zur Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen nach den Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) im Rahmen der kommunalen Planungshoheit.

Im Rahmen dieser Verfahren sind die Auswirkungen der Planung zu ermitteln sowie die durch die Planung betroffenen öffentlichen und privaten Belange zu erheben und gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Im Bauleitplanverfahren erfolgt eine Erhebung personenbezogener Daten, soweit dies zur Ermittlung der abwägungsrelevanten Belange und zur Beteiligung von Planungsbetroffenen erforderlich ist.

Zudem werden die persönlichen Daten derjenigen erfasst, die im Planverfahren eine Stellungnahme abgeben:

Das Baugesetzbuch sieht im § 3 Abs. 1; § 4 Abs. 1; § 3 Abs. 2; § 4 Abs. 2 vor, dass natürliche und juristische Personen in Bauleitplanverfahren eine Stellungnahme an die Gemeinde abgeben können. Wenn Sie sich zur Abgabe einer Stellungnahme entschließen, speichern wir die darin gemachten Angaben sowie Ihre persönlichen Daten mit Namen, Anschrift und ggf. bodenrechtlich relevante Daten (Grundstück, Flurstücks Bezeichnung, Eigentumsverhältnisse). Ihre persönlichen Angaben werden benötigt, um den Umfang Ihrer Betroffenheit oder Ihr sonstiges Interesse hinsichtlich des Bauleitplanverfahrens beurteilen zu können.

Außerdem verwendet die Gemeinde Hohe Börde die Daten nach Abschluss des Bauleitplanverfahrens, um Sie über das Ergebnis der Abwägung zu informieren.

Es werden auch Daten von Planungsbetroffenen erhoben, deren Beteiligung zur Ermittlung von öffentlichen oder privaten Belangen von Amts wegen erforderlich ist.

Rechtsgrundlage

Die fachrechtlichen Verarbeitungserfordernisse erwachsen u.a. aus den Verfahrensvorschriften des Baugesetzbuches (BauGB), insbesondere § 3 BauGB. Somit liegt die Rechtsgrundlage in der Datenschutzverordnung im Art. 6 Abs. 1 c

Speicherdauer

Die Gewährleistung eines Rechtsschutzes im Rahmen einer gerichtlichen Prüfung erfordert die dauerhafte Aufbewahrung der Verfahrensakten der Bauleitpläne (KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, Aufbewahrungsfristen für Kommunalverwaltungen). Daher werden Ihre personenbezogenen Daten dauerhaft gespeichert.

Empfänger der personenbezogenen Daten

- Verwaltungsstrukturen (andere Ämter und Fachbereiche) innerhalb der Gemeinde Hohe Börde, die in den Bearbeitungsprozess einbezogen sind.
- Dritte, denen zur Beschleunigung die Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten gemäß § 4b BauGB übertragen wurde. Dritte können jede geeignete natürliche oder juristische Person sein (fachlich geeignete Stellen oder Personen, z.B. Planungsbüros).

Hinweise

Auskunftsrecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Auskunft nach Art.15 DSGVO, das Recht auf Berichtigung nach Art.16 DSGVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO, das Recht auf Widerspruch aus Art.21 DSGVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.

Widerrufsrecht

Die Abgabe der Einwilligungserklärung über die Erhebung von persönlichen Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO ist freiwillig. Sie kann jederzeit und ohne Begründung widerrufen werden (Art. 7 Abs. 2 DSGVO). Der Widerruf ist schriftlich an die Gemeinde Hohe Börde, Bördestraße 8 in 39167 Hohe Börde zu richten. Im Falle des Widerrufs werden die Daten, die auf der Grundlage der Einwilligung erhoben und gespeichert wurden, vollständig gelöscht. Die Verwendung der Daten bleibt aber bis zum Zeitpunkt des Widerrufs rechtmäßig.

Beschwerderecht

Jeder Betroffene hat das Recht auf Beschwerde bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG). Zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist der Landesdatenschutzbeauftragte oder der Bundesdatenschutzbeauftragte.